

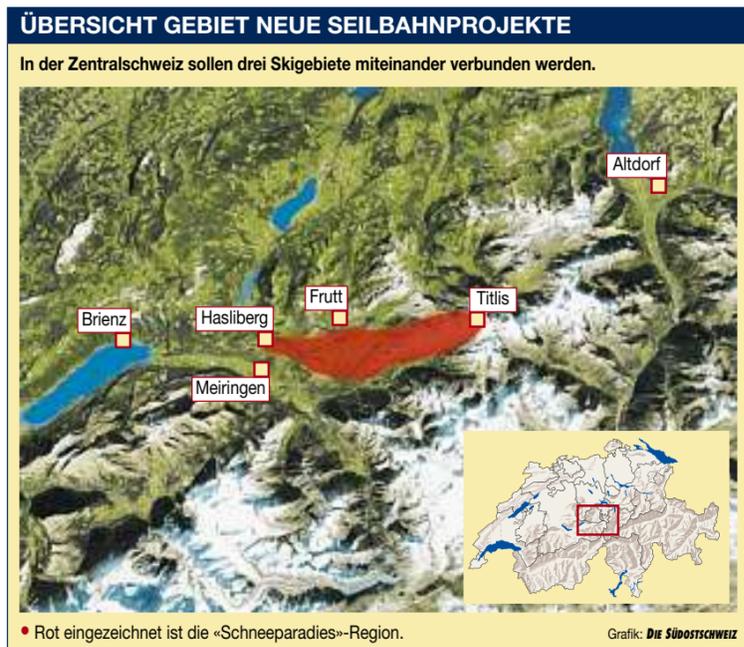
In der Zentralschweiz soll ein «Schneeparadies» entstehen

Für ein «Schneeparadies» sollen bei der Engstlenalp Sessellifte gebaut werden. Naturschützer wehren sich für «eine der letzten Perlen der Alpen» und fürchten eine «Kunstschneehölle».

Von Barbara Spycher

Bern. – Vor ein paar Stunden stand Hans Fritschi noch auf 2000 Metern Höhe in den verschneiten Berner Alpen, an der Grenze zu Ob- und Nidwalden: im Schaftal oberhalb der Engstlenalp, «einer der letzten Perlen der Alpen», wie er sagt. Diesmal hörte Fritschi ein Auerhuhn – eine gefährdete und seltene Vogelart – und sah ein Dutzend Gämsen. «Sie grasten mitten im geplanten Skigebiet», sagt Hans Fritschi. Die Wildtiere sind mit ein Grund, wieso er gegen das Projekt «Schneeparadies Hasliberg-Titlis» opponiert. Mit sechs Bahnen und einem Tunnel sollen die drei Skigebiete Melchsee-Frutt, Titlis und Meiringen-Hasliberg zum grössten Skigebiet der Zentralschweiz verbunden werden. Die Initianten – vier Bergbahngesellschaften – wollen das Skigebiet so konkurrenzfähiger machen. Treibende Kraft sind die Titlisbahnen. Sie bekommen mit dem «Schneeparadies» Zugang zu sonnigen und sanften Südhängen, derweil ihre Stammspisten eher steil und schattig sind.

In einer ersten Etappe sind zwei Vierer-Sessellifte geplant: von der Engstlenalp das Schaftal hinauf sowie als Verbindung zwischen Jochpass und Schaftal. Im kommenden August wollen die Initianten beim Bund die Konzessionen für diese ersten beiden Bahnen beantragen. Gleichzeitig wollen sie Studien zum volkswirtschaftlichen Nutzen, der Verkehrssituation sowie die Umweltverträglichkeitsprüfung präsentieren. Frühester Baubeginn wäre 2012.



Rot eingezeichnet ist die «Schneeparadies»-Region. Grafik: DIE SÜDOSTSCHWEIZ

«Wir gehen bis vor Bundesgericht» Doch der Widerstand von Umweltschützern und Bergführern, zusammengeschlossen zur IG Pro Frutt-Engstlenalp, ist schon jetzt gewiss. Co-Präsident und Pro-Natura-Vertreter Hans Fritschi hat Gutachten von Wildtierbiologen in der Hand, kündigt Einsprache gegen den Konzessi-

onsantrag an und macht klar: «Wir werden bis vor Bundesgericht gehen.» Als eine der letzten Perlen der Alpen müsse das Gebiet um die Engstlenalp sanft genutzt werden – mit Wanderungen im Sommer und geführten Skitouren im Winter. Das sehe auch das Tourismusleitbild des Kantons Bern vor: Intensiv genutzte Gebiete seien auszubauen, neue aber sollten keine erschlossen werden.

Fritschi spricht nicht vom «Schneeparadies», sondern von einer «Kunstschneehölle». Als die Initianten ihr Projekt 2003 das erste Mal vorstellten, war nicht von künstlicher Beschneuerung die Rede. Mittlerweile sagt

Albert Wyler, Geschäftsführer der Titlis-Bergbahnen, noch sei alles offen. «Um uns nicht Salamatik vorwerfen zu lassen, zeigen wir auf, wie wir allenfalls beschneien würden.» Für Fritschi ist klar: «Auf dieser Höhe und an Sonnenhängen wird es nicht ohne Kunstschnee gehen.» In dieser Gegend – einem wasserarmen Karstgebiet – sei das besonders problematisch. Und weil nur flache Pisten beschneit werden können, müsste das schroffe Karstgebiet plafoniert werden. Sollten bei der Beschneuerung Chemikalien beigemischt werden, sei das heikel für das Trinkwasser, das sich hier oben sammle.

Mehr Gäste sollen was davon haben Albert Wyler von den Titlis-Bergbahnen verweist auf die Umweltverträglichkeitsprüfung und sagt, bei der Konzession ginge es nicht um die allfällige Beschneuerung der Pisten. Diese müsste später separat beantragt werden. Wylers Blickwinkel ist ganz ein anderer als der von Fritschi. Doch auch Wyler findet es «wunderschön» im Gebiet Engstlenalp, insbesondere auf der Terrasse des Restaurants der Familie Immer, unweit der geplanten Talstation des Sessellifts: Von dort hat man eine atemberaubende Aussicht auf die Berner Alpen. Dieses Panorama sollte mehr Touristen zugänglich sein als den wenigen Schneeschuhläufern und Skitourenfahrern, findet Wyler. Er mag die Einteilung «in guten sanften Tourismus und schlechten Massentourismus» nicht. «Wenn fünf Schneeschuhläufer querfeldein durch den Wald laufen, können sie mehr kaputt machen als 3000 Massentouristen auf einer geordneten Piste.»

AM RANDE

Keine grünen Scheibenwischer

Von Hanspeter Guggenbühl

Autofahrende in der Schweiz hatten die Chance, sich an einer Tankstelle von einem Grünen trinkgeldfrei die Frontscheibe säubern zu lassen. Das Angebot eröffnete der Chef des Umweltverbandes WWF Schweiz, Hans-Peter Fricker. In einem offenen Brief vom 13. Februar bot Fricker dem Chef des Bundesamtes für Umwelt, Bruno Oberle, folgende Wette an: «Sollte sich herausstellen, dass der Treibstoffabsatz im Jahr 2007 konstant blieb oder sogar sank, werde ich einen Tag lang an einer grossen Tankstelle den Automobilisten die Fensterscheiben putzen und sie über sparsames Fahren und effiziente Autos informieren.» Falls hingegen der Treibstoffabsatz zugenommen haben sollte, so schrieb Fricker, erwarte er das Gleiche von Bruno Oberle. Denn Oberle, so begründete der WWF-Chef, behauptete in der Presse, der Treibstoffabsatz bleibe bis 2010 stabil.

Die Auseinandersetzung, so wissen wir heute, endet mit einem Patt: Fricker wird keine Autoscheiben wischen, weil er die Wette gewonnen hat. Denn der Treibstoffabsatz hat 2007 tatsächlich zugenommen, nämlich um insgesamt 2,8 Prozent. Das zeigen die Zahlen, welche die Erdölvereinigung am 25. Februar veröffentlichte – just fünf Tage, nachdem der Bundesrat eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen abgelehnt hatte. Aber auch der oberste Umweltbeamte verweigert den grünen Service. Er habe die Wette gar nie angenommen, teilte Bruno Oberle auf Anfrage mit. Offensichtlich hatten beide heimlich die «Südostschweiz» gelesen. Diese prophezeite schon am 15. November 2007: «Im laufenden Jahr nimmt der Treibstoffabsatz weiter zu.» An den ungeputzten Scheiben sind die Autofahrenden damit selber schuld. Sie haben 2007 zu viel getankt.

Jagdkonkurrenten werden zu Verbündeten

Die Fischer haben den Fischotter in der Schweiz ausgerottet, und ausgerechnet sie ermöglichen dem Marder jetzt ein Comeback. Ihr Umweltprojekt soll grössere Fischbestände und damit die Lebensgrundlage des Marders sichern.

Von Roland Ducommun

Bern. – Seit 1989 gilt der Fischotter in der Schweiz als ausgestorben. Die Wissenschaft hatte zuerst das Umweltgift PCB (Polychlorierte Biphenyle) in Verdacht, für das Verschwinden der Wassermarder verantwortlich zu sein. Mittlerweile wird vermutet, dass die Otter in Schweizer Gewässern schlicht zu wenig Nahrung fanden. Bereits Mitte der Siebzigerjahre registrierten die Fischer einen zunehmenden Fangrückgang bei der am meisten verbreiteten Fischart in der Schweiz, der Bachforelle. Laut der Schweizerischen Fischereiberatungsstelle nahm die Anzahl geangelter Bachforellen zwischen 1980 und 2001 von 1,5 Millionen auf weniger als 0,5 Millionen ab. Bald zeigte sich, dass vom Rückgang sogar alle Fischarten betroffen sind.

Mehr Fische dank «Fischnetz+» Die Gründe für den drastischen Rückgang der Fischbestände wurden in einem ersten Projekt unter dem Namen «Fischnetz» untersucht. Die Fischereiberatungsstelle kam zum Schluss, dass unter anderem die Verbauung der Fließgewässer, Veränderungen der Wasserqualität oder der Wassertemperatur für den Rückgang der Fischbestände verantwortlich sind. Jetzt wurde ein Nachfolgeprojekt, «Fischnetz+», lanciert. Dank eines



Irgendwann auch wieder in der freien Natur? Ein Fischotter verspeist im Zürcher Zoo eine Forelle. Bild Keystone/Steffen Schmidt

ambitiosen Plans sollen wieder mehr Fische in Schweizer Fließgewässern überlebensfähig sein. Damit soll der Gewässerraum gesichert, die Lebensräume der Fische verbessert und vernetzt werden. Der Hochwasserschutz soll ökologischer gestaltet werden, auch sollen Pufferstreifen entlang der Fließgewässer und Seen eingerichtet werden. Zudem soll die Wasserkraftnutzung fischverträglicher gestaltet und die Abwasseranlagen sollen neuen Anforderungen angepasst werden.

Diese Massnahmen werden sowohl von der Fischotterorganisation Pro Lutra wie von der Sektion Jagd, Wildtiere und Waldbiodiversität im Bun-

desamt für Umwelt begrüsst. Hans Schmid, Geschäftsführer der Pro Lutra, glaubt aber, dass es noch Jahre dauern wird, bis der Fischotter aus dem Ausland von selbst einwandert oder hier freigesetzt werden kann. «Wie hoch das Nahrungsangebot für Fischotter sein muss, um überlebensfähige Populationen zu sichern, weiss heute niemand», sagt Schmid. Zurzeit wird in der Steiermark in Österreich, wo Fischotter in einer vergleichbaren Landschaft leben, wissenschaftlich untersucht, welche Voraussetzungen für die Wassermarder nötig sind. Eine zweite Studie widmet sich den Fischotterpopulationen im Elsass, im Rho-

netal in Frankreich, in Norditalien und bei Innsbruck. «Sind diese Populationen am Wachsen, ist eine Einwanderung der Fischotter in die Schweiz nicht auszuschliessen», so Schmid.

Einwanderung wäre erwünscht Gegen eine natürliche Einwanderung des Fischotters hätte auch das Bundesamt für Umwelt nichts einzuwenden, «vermutlich liegt das aber in weiter Ferne», sagt Thomas Briner, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt. Für eine gezielte Wiederansiedlung sei es aber auch noch zu früh, zumal die Bedingungen hierzu heute noch zu wenig erforscht seien.

Sympathie für die «Ausgestossenen»

Die von der SVP-Fraktion ausgeschlossenen Regierungsmitglieder Eveline Widmer-Schlumpf und Samuel Schmid können laut einer Umfrage auf viel Rückhalt im Volk zählen.

Bern. – Das jüngste Isopublic-Politbarometer, welches von der «Sonntags-Zeitung» in Auftrag gegeben wurde, wird von den drei Frauen in der Landesregierung angeführt. Ganz vorn liegt wie bei der letzten Umfrage im Oktober Doris Leuthard. 79 Prozent der Befragten möchten, dass die CVP-Frau in der Politik eine wichtige Rolle spielt. An zweiter Stelle liegen Eveline Widmer-Schlumpf und Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP) mit je 68 Prozent. Knapp dahinter folgt Samuel Schmid auf Platz 4 mit 67 Prozent. Rang 5 und 6 belegen die Bundesräte Hans-Rudolf Merz (FDP) und Moritz Leuenberger (SP). CVP-Präsident Christophe Darbellay belegt die siebte Stelle. Er ist der grosse Aufsteiger im Politbarometer. Der aus dem Bundesrat abgewählte Christoph Blocher liegt noch an achter Stelle. Erst auf Platz 13 folgt Bundespräsident Pascal Couchepin. (ap)